



PROJEKTBERICHT
MAI 2016



KoBra
Kooperation Brasilien

Ernährungssouveränität

Schwerpunkt: Institutioneller Umbruch

von Fabian Kern

Vorwort

In Brasilien bestimmt seit März die politische Krise die Diskussionen in Bars, Küchen und am Arbeitsplatz. Die politische Stimmung ist enorm gespannt und wird ständig durch geleakte Telefongespräche zwischen Politiker*innen und Top-Managern angeheizt. Kaum jemand in Brasilien hat noch Vertrauen in die Politiker*innen des Landes.

In dieser Situation gehen die trotz allem essentiellen Themen wie Nahrungsmittelproduktion und die Bekämpfung der Armut leider unter. Die sozialen Bewegungen sind damit beschäftigt, die Demokratie zu verteidigen und kommen immer weniger dazu, ihre eigenen Projekte weiter zu entwickeln.

Deshalb konzentriert sich auch dieses Dossier eher auf die politischen Umbrüchen in Brasilien und die Auswirkungen auf den ländlichen Raum. Dabei sind die Ereignisse noch zu jung, um eine gut fundierte Einschätzung abzugeben. Wir haben uns allerdings bemüht, eine erste Analyse der Situation zu erarbeiten.

Chronologie der institutionellen Krise:

- **26.10.2014**
Dilma entscheidet die Stichwahl um das Präsidentenamt knapp für sich (51,6 %).
- **02.12.2015**
Der damalige Präsident der Abgeordnetenversammlung Eduardo Cunha akzeptiert den Antrag auf Amtsenthebung.
- **17.04.2016**
In der Abgeordnetenversammlung stimmen 367 Abgeordnete für eine Amtsenthebung. 137 sind dagegen, 7 enthalten sich und 2 sind nicht anwesend.
- **12.05.2016**
Der Senat stimmt mit 55 zu 22 Stimmen in einer Marathon-Sitzung von 20 Stunden für die Amtsenthebung. Damit ist Dilma Rousseff für 180 Tage von ihrem Amt suspendiert.
- **13.05.2016**
Michel Temer gibt sein neues Kabinett bekannt mit ausschließlich weißen Männern als Ministern. Außerdem wird die Anzahl der Ministerien von 32 auf 22 reduziert.

Inhaltsverzeichnis

Vorwort.....	2
100 % Ausgepresst: Arbeitskräfte in Brasilien.....	4
"Wir Fischer zahlen die Zeche".....	5
Schwerpunkt: Institutioneller Umbruch.....	8
Temer setzt den institutionellen Rasenmäher an.....	8
Soja-Baron wird Agrarminister.....	10
Aktivitäten im deutschsprachigen Raum und Internationales.....	11
Widerstand gegen Syngenta am Oberrhein.....	11
Veranstaltung zum Staudamm-Projekt am Tapajós.....	12
Radio aktiv! Warum São Paulo auf dem Trockenen sitzt.....	13

100 % Ausgepresst: Arbeitskräfte in Brasilien

Die Orangensaftstudie belegt, was LebensmitteleinzelhändlerInnen nur allzu gern verschweigen: Abhängigkeiten und Ausbeutung ist Alltag in der Orangensaftproduktion!

Die Christliche Initiative Romero hat gemeinsam mit der Gewerkschaft Ver.di eine Studie (PDF) veröffentlicht, die vor allem die Situation im Land des Weltmarktführers für Orangensaft intensiv beleuchtet.

"Ein Drittel aller Orangen sowie über die Hälfte des Orangensaftes stammen aus Brasilien. Im Bereich des gefrorenen Orangensaftkonzentrats (FCOJ) hat Brasilien sogar einen Anteil von mehr als 80 % am Welthandel. (...) Allein aus dem Bundesstaat São Paulo kommt mehr als die Hälfte des weltweit konsumierten Fruchtsaftkonzentrats." (Studie, S. 8)

Die Studie beschreibt vom Anbau in Brasilien bis in die Supermarktregale Deutschlands den Weg des Orangensafts und analysiert dabei Kartelle und Marktkonzentration, Umweltschäden, Verletzungen des Arbeitsrechts und die verbreiteten Zertifizierungssiegel hinter dem gelben Saft.

Eine ähnlich gelagerte Studie¹ von Oxfam beschäftigt sich mit der Produktion von Bananen² in Ecuador und Ananas in Costa Rica. Unter anderem wurden Produktionsbetriebe untersucht, die von der Rainforest Alliance zertifiziert wurden. Die Studie stellt auch in den zertifizierten Betrieben fest, dass Pestizide per Flugzeug gesprüht werden, während Arbeiter*innen auf dem Acker arbeiten. Außerdem soll die gewerkschaftliche Organisation der Arbeiter*innen behindert werden. Es werden laut der Studie auch Pestizide eingesetzt, die als krebserregend eingestuft werden und in Europa nicht verwendet werden dürfen. In einer Stellungnahme³ weist die Rainforest Alliance die Anschuldigungen durch die Studie zurück. Ihren Nachforschungen zu Folge könnten die Anschuldigungen nicht bestätigt werden.

Die Rainforest Alliance zertifiziert auch Orangen⁴ und Kaffeeplantagen⁵ in Brasilien.

- [Studie als PDF](#)
- [Pressemitteilung Ver.di](#)
- [Bestellung bei der CI Romero](#)

1 <https://www.oxfam.de/ueber-uns/publikationen/suesse-fruechte-bittere-wahrheit>

2 <https://www.oxfam.de/blog/bananen-arbeiterinnen-behandelt-macht-mich-wuetend>

3 <http://www.rainforest-alliance.org/statement/oxfam-germany>

4 <http://www.rainforest-alliance.org/de/newsroom/press-releases/certified-sustainable-oranges>

5 <https://thefrogblog.de/2016/05/20/wie-kaffeeplanter-durch-nachhaltigen-anbau-profitieren/>

"Wir Fischer zahlen die Zeche"

Interview mit Nego da Pesca, dem Präsidenten der Kleinfischervereinigungen von Espírito Santo, über das generelle Fischereiverbot im Meer im Einflussbereich der Mündung des durch Samarco verseuchten Flussdeltas des Rio Doce.

Können Sie sich unsere Leser/innen bitte zuerst kurz vorstellen?

Mein Name ist Manuel Bueno, ich bin bekannt unter dem Namen Nego da Pesca. Ich bin Kleinfischer. Ich bin Präsident der Fischervereinigung von Jacaraibe, bin auch Präsident des Dachverbands der Fischervereinigungen des Bundesstaats Espírito Santo und ich bin Mitglied des nationalen Koordinationsrates der Fischer Brasiliens.

Die Justiz hier in Espírito Santo hat vor kurzem den Fischfang im Meer im Einflussbereich der Mündung des durch Samarco verseuchten Flussdeltas des Rio Doce komplett verboten. Wie bewerten Sie das?

Die Staatsanwaltschaft hatte diesen Antrag gestellt. Sie holte Daten zur Wasserqualität im ganzen Einzugsgebiet des Deltas ein und entschied auf Basis dessen, bei Gericht die Einstellung der Fischerei zu erwirken. Das Gericht folgte dem Antrag und verbot die Fischerei in drei Municipien: Aracruz, Linhares und einem Teil von São Mateus. Dieses Verbot reicht bis in die Gegenden mit einer Wassertiefe von 25 Meter. Dies heißt in Konsequenz, dass der Kleinfischerei de facto der Fischfang verboten ist. Dies betrifft also die ganzen Fischerboote dieser eigentlich sehr fischreichen Region, die bis in die südlicher gelegener Regionen Vila Velha und Serra bei Vitória reicht. Das Ganze betrifft auch das größte Fischlaichgebiet, das wir haben, sowie vor allem das ganze Gebiet des Garnelenfangs. Dadurch wurde also de facto der Garnelenfang im ganzen Gebiet komplett ausser Kraft gesetzt.

Die Richter sind dieser Argumentation gefolgt?

Ja, die Richter haben ein Urteil gefällt, in dem sie dem Antrag der Staatsanwaltschaft folgten und den Fischfang in der ganzen Region verboten haben. Sie haben also uns Fischern den Fischfang untersagt, aber wir wurden nicht einmal konsultiert. Die Besprechungen und Entscheidungsprozesse haben sie nur unter sich geführt, ohne dass wir Fischer teilnehmen durften.

Das hat zu enorm viel Unruhe unter uns Fischern geführt, uns wütend gemacht, da braut sich nun aber ein existentieller Konflikt zusammen. Wir Fischer und vor allem die Garnelenfischer überlegen gerade, demnächst den ganzen Hafen von Vitória in einer Gemeinschaftsaktion zu blockieren. Wir mobilisieren gerade, um den Hafen für ein, zwei, drei Tage dicht zu machen. Denn das generelle

Verbot muss wieder zurückgenommen werden, denn es kann nicht sein, dass wir Fischer de facto bestraft werden.

Verantwortlich für all das ist letztlich Samarco. Zahlt Samarco irgendeine Art von Entschädigung?
Samarco ist der Hauptverantwortliche für all das, aber es sieht danach aus, dass es wir Fischer sind, wir Fischer zahlen die Zeche. Wir sind Opfer, aber so wie es nun aussieht, wirkt das fast so, als seien wir die Schuldigen. Die Verantwortlichen aber werden nicht belangt. Das Ganze war kein Unfall, das war ein Verbrechen. Meiner Ansicht nach war für die Verantwortlichen absehbar, dass der Damm brechen würde, aber nichts wurde gemacht, um das zu verhindern. Leben wurde zerstört, die Umwelt kaputt gemacht und die Arbeit der Gesellschaft ruiniert. Und die Ausmaße der Schäden werden von Tag zu Tag größer, sichtbarer, und wer am meisten davon betroffen ist, das sind die gesellschaftlich Schwächsten, wir Kleinfischer.

Wie sehen Sie das, dass einerseits ein Organ des Staats - die Justiz - die Fischerei im Mündungsdelta des Rio Doce aus Abwehr von Gefährdungen der Bevölkerung durch Verzehr von kontaminierten Fisch verbietet, ein anderes Organ des Staats - die zuständigen Behörden für Gewässersicherheit - erklären, das Wasser des Rio Doce sei als Trinkwasserquelle bei gleicher Behandlungen wir zuvor durch die lokalen Wasserversorgen bedenkenlos trinkbar?

Das ist die krasse Realität der Widersprüchlichkeiten. Denn die flächenmäßige Ausdünnung der kontaminierten Sedimente ist im Meer ungleich größer als im zweiseitig begrenzten Flussbett des Rio Doce. Aber dort im Fluss bleibt alles beim Alten, Ende Februar lief das Fischfangverbot im Fluss aus, im Meer wird aber der Fischfang verboten. Wir sind aber nicht nur über unsere Existenz sehr besorgt, sondern über die Frage, 'wie werden wir die Qualität der Nahrungsmittelversorgung der brasilianischen Bevölkerung sicherstellen können?' Und die Behörden und Verantwortlichen für das Ganze halten noch immer die Daten über die Wasserqualität an den verschiedenen Stellen und Tiefenlagen zurück. Niemand sagt uns, 'ist es dort verseucht oder nicht?', aber da kommt dann auf einmal ein Gericht daher und verbietet uns von einem Moment auf den anderen den Fischfang dort. Das können wir einfach nicht nachvollziehen. Stattdessen laufen die Verantwortlichen frei herum, die von der Gefahr des Dammbrochs wissen mussten und nichts dagegen unternommen haben. Sie haben keinerlei Vorsichtsmaßnahmen getroffen, und es gibt da noch hunderte weitere solche Dämme, die jederzeit brechen können. Und selbst bis heute wurde nichts getan. Die Firma schleudert da noch immer durch den Dammbroch diesen Drecksschlamm in unseren Fluss. Das Verbrechen hält an. Wir Kleinfischer haben die Politiker gebeten, in aller Freundlichkeit, sich endlich um die Probleme zu kümmern. Die Politiker und Verantwortlichen aber interessieren sich einen Dreck für unsere Problemlagen, dabei sollten sie sich eigentlich grundlegende Gedanken

darüber machen, wie gewährleistet werden kann, dass das Essen, das auf den Tisch der brasilianischen Bevölkerung kommt, auch gesundheitlich sicher ist. Das Risiko besteht, dass hier eine Krankheitsepidemie ausbricht, von deren Ausmaße und Charakter wir nicht die geringste Vorstellung haben.

Vielen Dank für das Gespräch.

Das Interview wurde am 17. März 2016 am Sitz der Ozeanographischen Forschungsstation der Bundesuniversität von Espírito Santo UFES im Munizip Aracruz, Espírito Santo, von Christian Russau geführt.

Schwerpunkt: Institutioneller Umbruch

Temer setzt den institutionellen Rasenmäher an

Mit der Machtübernahme durch die Übergangsregierung von Michel Temer am 13.05 wurden zahlreiche Ministerien in Brasilien zusammengelegt. Mit am meisten Widerstand generierte die Zusammenlegung des Ministeriums für Kultur mit dem Bildungsministerium.

Aber auch das Ministerium für nachhaltige ländliche Entwicklung (MDA) fiel dem Rotstift zum Opfer. Bei der Vorstellung seines Kabinetts, das ausschließlich aus weißen, männlichen Ministern besteht, verfügte der Übergangspräsident Temer die Zusammenlegung des MDA mit dem Ministerium für Soziales und zur Bekämpfung des Hungers (MDS) zum neuen Ministerium für soziale und ländliche Entwicklung.

Der nationale Rat für eine nachhaltige ländliche Entwicklung (CONDRAF) kritisiert in einer Stellungnahme vom 18. Mai die Herabstufung des MDA zu einem Sekretariat und verweist auf die wichtige Rolle des noch unter Fernando Henrique Cardoso 1999 gegründeten Ministeriums. Sie erinnern an die zahlreichen wichtigen Programme des Ministeriums wie PRONAF, ATER oder PNCF, die alle die kleinbäuerliche Landwirtschaft unterstützen. Sie werfen der Übergangsregierung vor, die Tatsache zu ignorieren, dass 70 % der im Land konsumierten Lebensmittel von eben dieser kleinbäuerlichen Landwirtschaft produziert werden.⁶

Auch die nationale Quilombola-Bewegung CONAQ protestierte noch am Tag der Kabinettsvorstellung gegen die Übertragung der Zuständigkeit für Angelegenheiten der Quilombola-Gemeinschaften an das Erziehungs- und Kulturministerium MINC. Die Bewegung befürchtet, dass durch die Kompetenzübertragung in Zukunft kein einziger Eigentumstitel mehr an Quilombola Gemeinschaften geht. Sie fürchten gar, dass bereits gewährte Eigentumstitel wieder zurückgerufen werden.⁷

Die Landlosenbewegung MST ruft dazu auf, sich nicht mit der Übergangsregierung auf Verhandlungen einzulassen. Sie kritisiert auf ihrer Website die Amtsanmaßung des Übergangspräsidenten Temers. Dieser sollte laut Verfassung lediglich die Amtsgeschäfte kommissarisch weiter führen bis der Prozess gegen Dilma Rousseff abgeschlossen ist. Stattdessen streicht dieser aber, wie oben ausgeführt, munter Ministerien zusammen und wechselt das

6 <http://www.cnater.gov.br/cnater/?q=noticias/nota-de-rep%C3%BAdio-%C3%A0-extin%C3%A7%C3%A3o-dmda-condraf>

7 <http://www.kooperation-brasilien.org/de/themen/menschenrechte-gesellschaft/traditionelle-voelker-gemeinschaften/conaq-stellungnahme-gegen-uebertragung-der-titulierungs-zustaendigkeit-auf-das-mec>

komplette Kabinett aus. Außerdem warnt die Landlosenbewegung vor einer drohenden Welle von Privatisierungen durch die neue Regierung, die insgesamt einen Wert von 10 % des BIP ausmachen könnte. Selbstverständlich kritisiert auch die MST die Schließung des Ministeriums für ländliche Entwicklung (MDA) und die dazu gehörenden Programme.⁸

In einem Dekret (Decreto 8780) vom 30. Mai wurde dann die Übertragung des nun zum Sekretariat herunter gestuften Ex-Ministeriums an das Kanzleramt (Casa Civil) bekannt gegeben.⁹ Neben weiteren Abteilungen wurde mit diesem Dekret auch das INCRA dem Kanzleramt übertragen. Das nationale Institut für Kolonisierung und Agrarreform (INCRA) ist für die Umsetzung der Agrarreform zuständig und spielt auch bei der Ausweisung von Gebieten für traditionelle Völker und Gemeinschaften eine entscheidende Rolle.

Die Kompetenzen-Rochade der Temer-Regierung stellt eine Bedrohung für den ländlichen Raum Brasiliens dar und wird von den sozialen Bewegungen scharf kritisiert.

8 <http://www.mst.org.br/2016/05/26/os-golpistas-mostraram-a-que-vieram.html>

9 <http://politica.estadao.com.br/noticias/geral,temer-transfere-incra-e-secretarias-do-desenvolvimento-social-e-agrario-para-casa-civil,10000054145>

Soja-Baron wird Agrarminister

Der Chefposten des Landwirtschaftsministerium wurde mit dem Antritt der Übergangsregierung von Michel Temer neu besetzt. Zumindest in einer Kategorie weist die Umstrukturierung unter Temer eine Konstante auf. Die mit der Goldenen Kettensäge ausgezeichnete Vorgängerin Kátia Abreu wird von einem weiteren Vertreter des Agrobusiness beerbt, der während seiner Zeit als Gouverneur von Mato Grosso 2005 ebenfalls mit der von Greenpeace Brasil vergebenen Auszeichnung versehen wurde. Grund für die Verleihung der Goldenen Kettensäge an Maggi war seine Rolle bei der Entwaldung der Amazonasregion.

Der 60 jährige studierte Agrarökonom stand außerdem im Verdacht, während seiner Amtszeit als Gouverneur von Mato Grosso an Geldwäsche beteiligt gewesen zu sein.¹⁰ Maggi ist verantwortlich für eine Gesetzesänderung, welche Umweltlizenzen minimiert, die bisherigen Bauprojekten im Weg standen.¹¹

Seine erste Auslandsreise führt ihn Anfang Juni nach China, wo er sich mit seinen Amtskolleg*innen der G20-Staaten über den internationalen Handel mit Nahrungsmitteln austauschen wird.¹²

Bevor Maggi aber das Ministeramt antreten konnte, musste er noch schnell die Partei wechseln (PR → PP). Im November 2015 hatte er noch angekündigt in die PMDB einzutreten.¹³ Maggi wurde vom Forbes Magazin im Jahr 2009 auf Platz 62 der weltweit einflussreichsten Männer gesetzt. Er passt also perfekt in das Kabinett von reichen, weißen, einflussreichen Männern, das von Michel Temer vorgestellt wurde.

Angesichts dieser Biografie ist es wohl nur eine Frage der Zeit bis das Soja-Moratorium, das kurz vor seinem Amtsantritt auf unbestimmte Zeit verlängert wurde, beerdigt wird.

10 <http://agenciabrasil.ebc.com.br/politica/noticia/2016-05/ministro-da-agricultura-maggi-e-um-dos-maiores-produtores-de-soja-do-pais>

11 <https://www.greenpeace-magazin.de/nachrichtenarchiv/brasiliens-neue-regierung-gefahr-fuer-den-amazonas>

12 <http://www.agricultura.gov.br/comunicacao/noticias/2016/05/ministro-blairo-maggi-viaja-a-china-em-sua-primeira-missao-oficial-ao-exterior>

13 <http://g1.globo.com/mato-grosso/noticia/2015/11/blairo-maggi-se-filia-ao-pmdb-em-brasilia-e-diz-que-era-desejo-antigo.html>

Aktivitäten im deutschsprachigen Raum und Internationales

Widerstand gegen Syngenta am Oberrhein

Am 21. Mai zog ein bunter Protestmarsch mit rund 2.000 Teilnehmer_innen aus der Schweiz, Südbaden und dem Elsass durch die Basler Innenstadt. Der „March against Monsanto & Syngenta“ zog bis zu den Toren des Agrarkonzerns Syngenta und forderte einen Stopp von Pestiziden, gentechnisch verändertem Saatgut und der Patentierung von Saatgut.¹⁴

Vorausgegangen war dieser Aktion eine monatelange Mobilisierungskampagne, bei der auch ein Aktivist der Landlosenbewegung MST aus Brasilien von den Auswirkungen des in Basel ansässigen Chemie & Saatgutkonzerns Syngenta berichtete. Am 28. April war er beispielsweise in Eichstetten a. K. um über die tödlichen Auseinandersetzungen bei der Besetzung einer Syngenta-Gentech-Versuchsanlage im Jahr 2006 zu berichten.

Die erste Besetzung des Syngenta Geländes fand während der achten Konferenz der Biodiversitätskonvention der UNO im März 2006 statt. Diese Konferenz beschäftigte sich mit transgenen Terminatorpflanzen und die MST wollte mit der Aktion darauf aufmerksam machen, dass Syngenta innerhalb der Pufferzone zum Nationalpark Iguazú unerlaubterweise mit GMO-Pflanzen experimentiert. Nach mehreren Räumungen und Wiederbesetzungen kam es dann am 21. Oktober 2007 wieder zu einer Besetzung des 127 ha großen Geländes. Um die Mittagszeit erreichte dann ein Bus mit ca. 40 Angehörigen einer Privatmiliz das Gelände und schoss auf die BesetzerInnen.

Der Angriff forderte zwei Tote, unter ihnen Valmir Mota de Oliveira „Keno“, und mehrere Verletzte.

Syngenta stahl sich im Nachhinein aus der Verantwortung, indem es die Versuchsfläche dem Bundesstaat Paraná schenkte. Mit der Bedingung, dass das Land nicht an den MST weitergegeben werden darf. Seitdem betreibt der Bundesstaat dort ein landwirtschaftliches Forschungszentrum. Ein Audio-Mitschnitt der Veranstaltung ist auf der KoBra Seite¹⁵ nachzuhören.

Bei den Veranstaltungen wurde außerdem das „Schwarzbuch Syngenta¹⁶“ vorgestellt, welches dem ermordeten MST-Aktivisten Keno gewidmet ist und sich in dem Kapitel „Syngenta auf der Weltbühne“ unter anderem mit der Ermordung des Aktivisten beschäftigt (S. 40 ff).

Derzeit stehen im internationalen Saatgutmarkt große Übernahmen an, die auch auf Brasilien

14 <http://www.gartencoop.org/tunsel/node/4092>

15 <http://www.kooperation-brasilien.org/de/themen/landkonflikte-umwelt/vortrag-syngentas-blutspuren-in-brasilien>

16 <http://www.multiwatch.ch/de/p97002169.html>

Auswirkungen haben werden. So hat die Koordination gegen BAYER-Gefahren eine Petition lanciert, um die anstehende Übernahme des US-Saatgutkonzerns durch den deutschen Pharmakonzern BAYER verhindern soll¹⁷. Die Übernahme von Syngenta durch ChemChina ist schon einen Schritt weiter. Die beiden Unternehmen sind sich einig, aber die Behörden müssen der Fusion noch zustimmen¹⁸.

Veranstaltung zum Staudamm-Projekt am Tapajós

Im Rahmen der Misereor-Fastenaktion fand am 2.03.16 die Veranstaltung "Brasilien: Landkonflikte und Großprojekte in Amazonien - Egidio Alves Sampaio aus der Landpastoral berichtet" in Freiburg statt. Herr Sampaio vermittelte authentische Eindrücke der Lage vor Ort rund um den geplanten Bau des Staudamms am Fluss Tapajós.

Zum Einstieg wurde ein kurzer Film gezeigt, in dem der kleine Pablo von seinem Leben in Pimental erzählt. Das geplante Wasserkraftwerk am Tapajós, einem südlichen Nebenfluss des Amazonas, würde sein Dorf zerstören und eine Umsiedlung tausender Menschen erzwingen.

Für den Staudamm am Tapajós müsste eine enorm große Fläche geflutet werden, wovon ca. 80.000 Menschen betroffen wären. Unter den potentiell Betroffenen sind die direkt am Fluss wohnende indigene Bevölkerung der Munduruku, die Fischerfamilien, die traditionellen Gemeinden der Riberinhos und die Bewohner*innen der Städte in der Region. Mit dem Bau des Staudamms am Tapajós versprechen die Firmen den Menschen die Entwicklung der Region, den Bau von Straßen, Universitäten und eine bessere Lebensqualität. Herr Sampaio merkte jedoch an, dass in den Medien selten über die negativen Auswirkungen des Staudammbaus, nämlich die Umsiedlung zehntausender Menschen, berichtet wird.

Egidio Alves Sampaio arbeitet seit dem Jahr 2000 mit der Landpastoral (CPT) zusammen. Die CPT kämpft für eine längst überfällige Agrarreform in Brasilien, sowie für die Anhörung der lokalen Bevölkerung bei geplanten Großprojekten. Das Problem ist, dass die ländliche Bevölkerung, die teilweise seit hunderten von Jahren in der Region lebt, keine offiziellen Landrechte besitzt. Diese werden ihnen von der Regierung, die mit den Großkonzernen zusammenarbeitet, verweigert. Wenn sich dann Firmen Landtitel erkaufen, wird die ansässige Bevölkerung vertrieben, teilweise ohne dass diese eine Entschädigung bekommen.

Die 16.000 im Amazonasgebiet lebenden Munduruku kämpfen für Anerkennung des eigenen Landes und haben begonnen ihr Land selbst abzustecken, weil die Indigenen-Behörde FUNAI ihrer

17 <http://www.cbgnetwork.org/6720.html>

18 <http://de.reuters.com/article/usa-syngenta-chemchina-idDEKCN0Y80E0>

Aufgabe nicht nachkommt.

Der geplante Staudamm hat auch Auswirkungen auf Umwelt und Klima: Je mehr Wald im Amazonas abgeholzt wird, desto weniger regnet es in den Metropolregionen von Sao Paulo und Rio de Janeiro. Zudem werden durch die Überflutung des Waldes Klimagas emittiert. Außerdem wird durch den Kraftwerkbau am Flussgrund lagerndes Quecksilber aufgewirbelt, welches dann über die Fische in die Körper der AnwohnerInnen gelangt.

MISEREOR in Deutschland will die Anliegen der lokalen Bevölkerung und den Stopp des Staudamms mit einer Unterschriften-Aktion unterstützen.

Radio aktiv! Warum São Paulo auf dem Trockenen sitzt

Sie hören im Radiobeitrag¹⁹ Felipe Alves van Ham, Architekt und Urbanist aus São Paulo, und Christian Russau, Journalist und Aktivist (Kooperation Brasilien KoBra) zu Ursachen und Hintergründen, das Menschenrecht auf Wasser, sowie die Folgen der Privatisierung von Wasser und der Spekulation mit dem Allgemeingut Wasser. Wie ist die Situation ein Jahr später? Warum darf Wasser nicht zur Ware werden - und was kann man dagegen tun, dass es vielerorts schon so ist?

Frühjahr 2015: Der Südosten Brasiliens befindet sich in einer Dürreperiode. Die Wasserreserven in dem von Industrie und Landwirtschaft geprägten Bundesstaat und dem Ballungsgebiet São Paulo, in dem um die 21 Millionen Menschen leben, gehen zu Ende. Die Wasserknappheit ist aber nicht nur Folge des ausbleibenden Regens. Die extensive Nutzung der Landwirtschaft, Abholzung des Regenwaldes, marode Leitsysteme und politische Versäumnisse führten zu einer Zuspitzung der Krise.

In der Diskussion mit den Macherinnen der Sendung wurde das Thema, diskutiert. Die Veranstaltung fand am 19.02.2016 in VHS Studienhaus in Köln statt.²⁰

19 <http://www.alleweltonair.de/wasserkrise.htm>

20 <http://www.kooperation-brasilien.org/de/veranstaltungen/termine/radio-aktiv-warum-sao-paulo-auf-dem-trockenen-sitzt>